

20.08.2011 / Thema / Seite 10

Die Überflüssigen

Hintergrund. Harmlos, farblos und immer treu zur SPD. Zehn Jahre Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Berlin - eine unvollständige Bilanz des Scheiterns

Mathias Behnis und Benedict Ugarte Chacón

Mit markig gemeinten Sprüchen zieht die Berliner Linke zur Zeit in den Wahlkampf. »Privat ist Katastrophe«, heißt es auf den Plakaten. Oder etwas altbackener: »Mieter vor Wild-West schützen!«. Besieht man sich allerdings die Arbeit der rot-roten Landesregierung seit 2002, so muten die neuen Parolen der Linken wie eine Distanzierung von der von ihr jahrelang mitgetragenen Politik an. Die Koalition aus SPD und Linkspartei mag sich selbst in einigen Punkten für erfolgreich halten - doch beging sie auch fatale Fehler, deren soziale und finanzielle Folgen zum Teil noch gar nicht absehbar sind. So gehören zum Beispiel der unüberlegte Ausstieg aus der Anschlußförderung für den sozialen Wohnungsbau, die Privatisierung der Wohnungsbaugesellschaft GSW und die bedingungslose Rettung der zusammenbrechenden Bankgesellschaft im Jahr 2002 in diese Kategorie. Selbstverständlich kann die Linke nicht allein für alle Resultate der »rot-roten« Politik verantwortlich gemacht werden. Sie kann sich aber auch nicht mit den ständigen Hinweisen darauf, man habe sich gegen die SPD nicht durchsetzen können, und es bestünden nun mal »Restriktionen des Handlungsrahmens« (Klaus Lederer), die nicht unterschätzt werden dürften, aus der Verantwortung stehlen. Wer - zumindest verbal - mit einem fortschrittlichen Anspruch in eine Regierung eintritt, darf sich nicht wundern, wenn er an diesem eigenen Anspruch gemessen wird.

Die Entzauberung der PDS begann bereits, kurz nachdem sie in die Regierung gestolpert war. Mit ihrer Zustimmung zur »Risikoabschirmung« für die nahe am Zusammenbruch stehende Bankgesellschaft Berlin machte sie 2002 klar, wohin die Reise gehen sollte. »Rot-Rot« übernahm die Risiken aus geschlossenen Immobilienfonds, die die Bank in den 90er Jahren in einer Art Schneeballsystem aufgelegt hatte, in einer Höhe von bis zu 21,6 Milliarden Euro. Seitdem ist das Land stolzer Verwalter von Wohnungen, Altenheimen, Autohöfen, Einkaufszentren oder Großkinos in ganz Deutschland, deren teilweise zweifelhafte Qualität zu handfesten jährlichen Verlusten für den Landeshaushalt führt. Und dies auf bislang unbestimmte Zeit, da sich entgegen den vollmundigen Versprechen der Koalition bislang kein Käufer für dieses Portfolio fand, der bereit gewesen wäre, auch die Risiken mit zu übernehmen. Daß die damalige PDS sich bereitwillig daran beteiligte, den Zeichnern besagter Immobilienfonds die Rendite auf Kosten des Landes zu sichern und die Mitverantwortung des Koalitionspartners SPD für die Banken- und Haushaltskrise bis heute elegant übergeht, bezeichneten Kritiker schon früh als »politischen Offenbarungseid«.¹

»Sparen, bis es quietscht«

Flankiert wurde die Bankenrettung mit einer angeblich strikten Haushaltskonsolidierungspolitik, die der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und der unbeliebte, aber bis zuletzt auch von der Linkspartei getragene Finanzsenator Thilo Sarrazin vorgaben. »Sparen, bis es quietscht« war die von Wowereit für die rot-rote Politik ausgegebene Parole. Und es wurde vor allen Dingen da gespart, wo man meinte, es mit keiner mächtigen Lobby zu tun zu bekommen. Zum Beispiel beim Blindengeld, das die Koalition massiv kürzen wollte, was der damalige Parteivorsitzende Stefan Liebich auf dem Landesparteitag am 6. Dezember 2003 mit dem abstrusen Hinweis zu verteidigen versuchte, daß man als Blinder in Brandenburg ja noch weniger bekäme. Oder beim Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr, das im Januar 2004 abgeschafft wurde, nachdem »Rot-Rot« die öffentlichen Zuschüsse gestrichen hatte. Erst

nach heftigen Protesten und »Schwarzfahraktionen« wurde das Ticket Anfang 2005 wieder eingeführt - zu einem Preis von 32 Euro, was von der Linkspartei als »sehr hoher Preis für die Betroffenen« gewertet wurde. Sie versprach, sich für eine Preissenkung auf 18 Euro einzusetzen.² Heute kostet das Ticket 33,50 Euro.

Nicht nur im sozialen Bereich trug die Linkspartei die Kürzungspolitik mit. Auch Kitas, Schulen und Universitäten blieben nicht verschont. Der damalige PDS-Wissenschaftssenator Thomas Flierl wollte gar den großen Bildungsreformer geben und entwarf hierzu ein merkwürdiges »Studienkontenmodell«, bei dem die Studierenden eine gewisse Anzahl an »Credit Points« erhalten sollten, die sie dann hätten »abstudieren« dürfen. Bei einem leerstudierten Konto hätten dann neue »Credits« gekauft werden müssen. Mit dieser Art der Bildungskommerzialisierung sollte zum einen gegen »Langzeitstudierende« vorgegangen und zum anderen - hübsch marktwirtschaftlich - die Konkurrenz der einzelnen Fachbereiche angeheizt werden: »Stark nachgefragte Studiengänge und Fachbereiche erhalten über die Abrechnung eingelöster Credits zusätzliche Mittel im Rahmen einer leistungsbezogenen Vergabe an die Universitäten. Diese können dann zur Verbesserung des Lehrangebots und der Studienbedingungen eingesetzt werden«, heißt es im PDS-Landesinfo vom März 2004. Dieses PDS-Projekt war 2003/2004 Anlaß für heftige Studierendenproteste und brachte Flierl nicht nur eine Torte im Gesicht ein, sondern nach der Besetzung seines Büros durch Studierende auch den von der Boulevardpresse verliehenen Titel »Senator Weichei«. Daß während des Parteitags am 6. Dezember 2003 im feinen Hotel Maritim in Berlin-Mitte, bei dem über das Studienkontenmodell debattiert wurde, die Polizei protestierende Studierende von der Straße prügelte, gehört auch zur Chronik der Regierungsbeteiligung der Linkspartei. Unter dem Eindruck der Proteste wurde das Flierl-Modell beim darauffolgenden Parteitag im April 2004 abgelehnt - was der neue Landesvorsitzende Klaus Lederer beim Parteitag im November 2006 dergestalt zum Erfolg umdichtete, daß er verkündete, der Koalitionspartner SPD habe von seiner Partei bislang kein »Bekennnis« zu Zweitstudiengebühren und Studienkonten bekommen.

»Wir haben die überkommenen Strukturen des Schulsystems reformiert«, heißt es im aktuellen Wahlprogramm der Linken. Ob damit auch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit gemeint ist, die der »rot-rote« Senat Ende Mai 2003 beschlossen hat? Seither müssen sich Eltern mit einem Eigenanteil bis zu 100 Euro am Kauf neuer Schulbücher und ergänzender Arbeitsmittel beteiligen. Auch hier führt die Berliner Linke ihren Anspruch, sich für »ein soziales Berlin« einzusetzen, konsequent ad absurdum.

Wohnungsprivatisierungen en masse

Auch wenn die Berliner Linke sich heute als Mieterschutzpartei zu gerieren versucht, so ist sie doch für zwei weittragende Entscheidungen mitverantwortlich, die die Lage von Tausenden Mietern verschlechtert haben oder verschlechtern werden. Da ist zum einen mit dem Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft GSW die größte Wohnungsprivatisierung in der Geschichte Berlins und zum anderen der unbedachte Ausstieg von »Rot-Rot« aus der Anschlußförderung für den sozialen Wohnungsbau. Rund 65700 Wohnungen und Gewerbeeinheiten der Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft (GSW) verscherbelte »Rot-Rot« im Mai 2004 zum Schnäppchenpreis von 405 Millionen Euro an ein Konsortium aus dem Whitehall-Fonds der Investmentbank Goldman Sachs und der Investmentgesellschaft Cerberus. Die Koalition versprach zwar, daß die Investoren die sozial- und wohnungspolitischen Ziele der GSW weiter verfolgen würden. Wie das kontrolliert werden soll, ist allerdings unklar. Auch ob zwischen Land und Investoren Sanktionen bei Nichteinhaltung dieser Abmachungen vereinbart wurden, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt. Trotz aller Transparenzversprechen der letzten Jahre ist der Kaufvertrag nach wie vor geheim. Eine bekannt gewordene Klausel des Vertrags sieht allerdings vor, daß die Investoren die Zustimmung des Landes benötigen, wenn sie vor 2014 ihre Anteile weiterverkaufen wollen. Diese Zustimmung erteilte das Abgeordnetenhaus im April 2010 mit den Stimmen von SPD, Linken und FDP, so daß mit dem Börsengang der GSW im Frühjahr 2011 Tausende Berliner Wohnungen zu Spekulationsobjekten gemacht wurden. Die Folgen für die Mieter sind nicht absehbar.

Ähnlich verhält es sich mit dem Ausstieg aus der Anschlußförderung für den sozialen Wohnungsbau im Jahr 2003. Eigentlich war dies ein längst überfälliger Schritt, denn das spezielle Westberliner

Förderungssystem spülte den privaten Erbauern von Sozialwohnungen Milliarden an öffentlichen Geldern in die Tasche. Die Mieter zahlen nach diesem System nur einen geringen Teil der Miete, die für die Finanzierung der Wohnung tatsächlich nötig wäre. Der Großteil dieser Kostenmiete wurde aus öffentlichen Mitteln beglichen. In der ersten Stufe für die Dauer von 15 Jahren (Grundförderung) und im Anschluß für weitere 15 Jahre (Anschlußförderung). Die absurde Folge war, daß ein privates Bauvorhaben im sozialen Wohnungsbau sich finanziell selbst trug und die Anleger, die ihr Geld in wohnungsbauende Abschreibungsgesellschaften investierten, enorme Steuererleichterungen für sich verbuchen konnten. Die Eigentümer dieser Sozialwohnungen kalkulierten oft von vornherein die Anschlußförderung mit ein, obwohl dafür eigentlich keine Verpflichtung Berlins bestand- gewährt wurde sie stillschweigend jedoch bis 2003. Den Ausstieg aus der Förderung begründete der Senat mit enormen Sparpotentialen, die sich daraus ergäben. Problematisch ist dabei allerdings, daß sich »Rot-Rot« 2003 keinerlei Gedanken darüber machte, was passiert, wenn ein Eigentümer wegen des Wegfalls der einkalkulierten Förderung pleite geht und die Zwangsversteigerung der Wohnungen droht. Und vor allem, was mit den Mietern passieren soll, die ursprünglich Sozialmieten zu zahlen hatten und denen nun horrende Mieterhöhungen ins Haus stehen. Denn mit dem Ende der Förderung wurde den Eigentümern erlaubt, die tatsächliche Kostenmiete zu verlangen. Daß diese unbedachte Sparpolitik drastische Auswirkungen für betroffene Mieter haben kann, zeigen zum Beispiel die Vorgänge um den »Fanny-Hensel-Kiez« in Kreuzberg.³ Als die von »Rot-Rot« mitverursachte Mietenproblematik immer offener zutage trat, machte die Linke keine besonders gute Figur. Zaghafte probte sie für die Medien den koalitionsinternen Aufstand, ließ sich dann aber wie so oft nach »intensiven Verhandlungen mit der SPD« wieder auf Linie bringen und stimmte einem leicht veränderten SPD-Entwurf zu einem neuen Wohnraumgesetz zu, das die betroffenen Mieter mit einer Härtefallregelung und neuen Übergangsfristen schützen soll.

Von betroffenen Mietern wird das Gesetz scharf kritisiert. Aus Sicht des »Bündnis Sozialmieter« bringt das Wohnraumgesetz nur eine einzige Verbesserung: »Anstatt wie bisher in nur zehn Wochen mit dem Umzug fertig sein zu müssen, können sich die Betroffenen für das Kofferpacken jetzt sechs Monate Zeit lassen.«⁴ Überhaupt ist es der Partei, die laut Wahlprogramm dafür eintritt, »die soziale Bevölkerungsmischung in den Wohnquartieren zu erhalten und der zunehmenden sozialräumlichen Spaltung der Stadt entgegenzuwirken«⁵, bis heute nicht gelungen, ein eigenes Profil in diesem Bereich zu entwickeln. Ob sozialer Wohnungsbau, der in Berlin nicht mehr stattfindet, ob landeseigene Wohnungsbaugesellschaften, die vom Senat auf Gewinnerzielung getrimmt werden, oder ob bezahlbarer Wohnraum auch für ärmere Menschen im innerstädtischen Bereich - von der Linken ist außer punktuell Bedauern nichts zu vernehmen. Nach Aussagen der Berliner Mietergemeinschaft verringerte sich der landeseigene Wohnungsbestand seit 2002 von 400000 auf 260000 Wohnungen, zudem wurde die Bautätigkeit im günstigen Preissegment eingestellt. Dem aktuellen Mietspiegel ist zu entnehmen, daß in vormals preisgünstigen Altbauwohnungen, die oft von Erwerbslosen oder Geringverdienern genutzt werden, seit 2009 bei Neuvermietungen durchschnittlich 17 Prozent mehr Miete verlangt werden.⁶ Menschen mit wenig Geld werden in Berlin langsam, aber sicher in bestimmte Viertel verdrängt. Zu all dem hat die Linke nichts Substantielles zu bieten. Zumindest legen das ihre eigenen Aussagen nahe. Im Bericht der Klausurtagung der Berliner Linksfraktion vom 27. Februar 2010 heißt es: »Mietpreisentwicklungen sind neben einer sozialen Polarisierung der Gesellschaft zentrale Triebkräfte für Verdrängung und Ausgrenzung. Die Fraktion Die Linke will dafür Sorge tragen, daß die Bevölkerungsvielfalt in den Wohnquartieren erhalten bleibt und soziale Segregation verhindert wird. Grundlage dafür kann auf lange Sicht nur ein Konzept sein, das Mieterinnen und Mieter in den Mittelpunkt stellt. Mieten müssen bezahlbar sein, staatliche Förderungen gezielt bei Mietern ankommen und Kieze stabilisiert werden.«⁷ Die Berliner Linke hat also bis 2010 gebraucht, um zu merken, daß es mal ein Konzept bräuchte - wirklich eine reife Leistung.

Legenden zum Sparkassenverkauf

In ihrer »Bilanz linker Politik in Berlin 2006-2011« gibt die Berliner Linksfraktion an, sie habe »dafür gesorgt, daß (...) die Krise der Berliner Bankgesellschaft bewältigt wurde; einschließlich Sicherung von 8000 Arbeitsplätzen, Sanierung, Umwandlung und erfolgreichen Verkaufs der Landesbank an den Sparkassen- und Giroverband gemäß EU-Auflagen«.⁸ Daß die Bewältigung der Bankenkrise hauptsächlich

darin bestand, deren Immobilienrisiken auf das Land zu übertragen, wurde oben beschrieben. Doch der als Erfolg gefeierte Verkauf der Berliner Sparkasse verdient eine genauere Betrachtung. Die Landesanteile an der Bankgesellschaft mußten aufgrund einer Beihilfe-Auflage der EU-Kommission veräußert werden. »Rot-Rot« interpretierte die Auflage so, daß auch die öffentlich-rechtliche Sparkasse mitverkauft werden müsse. Die Logik der Koalition brachte der damalige Haushaltsexperte der PDS-Fraktion, Carl Wechselberg, auf den Punkt: »Die Sparkasse soll verkauft werden, weil sie noch Wert hat. Ansonsten werden wir die anderen Teile der Bankgesellschaft nicht los.«⁹ So kam es zu einem Bieterverfahren, das EU-rechtlich auch für private Investoren zugänglich sein mußte. »Rot-Rot« machte hier im Verbund mit einer auf Privatisierungen spezialisierten Kanzlei das bislang Unmögliche möglich: Den potentiellen Verkauf einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse auch an einen privaten Investor. Hierzu wurde 2005 ein entsprechend neuartiges Sparkassengesetz erlassen. Die äußerst investorenfreundliche und damit recht unsoziale Ausrichtung des Gesetzes wurde ausgerechnet vom Parteivorsitzenden Klaus Lederer immer wieder dergestalt verteidigt, daß gesetzliche Vorgaben zur Gewinnverwendung oder zur Führung eines Girokontos für alle problematisch wären, da dann das Verkaufsverfahren nicht mehr »diskriminierungsfrei« nach EU-Recht sei, wonach kein Investor durch Hürden oder Bedingungen abgehalten oder begünstigt werden darf. Auf Anfrage teilte die EU-Kommission allerdings mit, daß es »keinen eindeutig abgegrenzten Begriff von Diskriminierungsfreiheit gibt«, die Sache also nicht so klar ist, wie Lederer immer behauptete. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV), der einen Verkauf der Sparkasse an einen Privaten unbedingt verhindern wollte, kaufte die Bank schließlich 2007 für 4,6 Milliarden Euro. Das Resultat unterscheidet sich allerdings nicht großartig von dem, das bei einem Verkauf an einen Privaten herausgekommen wäre. Schließlich muß sich die Investition für jeden Investor rechnen, ob nun Privatbank oder DSGV. Daß der Unterschied wirklich nicht so groß ist, zeigen die jüngst von der Sparkasse an ärmere Kundschaft mit einem sogenannten Guthabenkonto verschickten Schreiben, in denen eine Erhöhung des Kontoführungspreises von 3,50 Euro auf acht Euro angekündigt wurde - die aber nach heftiger öffentlicher Kritik auf fünf Euro heruntergeschraubt wurde.¹⁰ Wenn die Berliner Linke ob dieses Vorgehens die »Verdrängung finanzschwacher Kunden« beklagt, bejammert sie in Wirklichkeit ihren eigenen Interventionsverzicht.¹¹ 2005 wäre die Zeit gewesen, das Sparkassengesetz entsprechend zu gestalten: Zum Beispiel mit einer Regelung für ein »Girokonto für alle«, kostenfrei für Arme. Den betroffenen Kunden wären Ängste und Ärger erspart geblieben.

Kehrtwende bei den Wasserbetrieben

Bei den 1999 von der Vorgängerregierung zu 49,9 Prozent an RWE und Vivendi (heute Veolia) verkauften Berliner Wasserbetrieben gelang der Linkspartei eine erstaunliche Kehrtwende: Der frühere Oppositionspolitiker und einstige »Chef-Kritiker« der Teilprivatisierung Harald Wolf avancierte 2002 zum Wirtschaftsminister und zementierte in dieser Funktion das Teilprivatisierungsmodell, das den Privaten und dem Landeshaushalt seitdem stattliche Einnahmen bringt. Die Wasserpreise stiegen um ein Drittel. Vor der Teilprivatisierung agierte Wolf durchaus energisch gegen das Vorhaben. Er und seine Mitstreiter erkannten das miese Geschäft und versuchten gemeinsam mit den Grünen, mit einer Klage vor dem Landesverfassungsgericht gegen das Teilprivatisierungsgesetz vorzugehen und zumindest die gesetzlich vorgesehenen preistreibenden Renditeversprechen für die Privaten zu kippen. Die Teilprivatisierung selbst konnten sie nicht verhindern. Das Gericht verwarf diese Renditeregulungen. Nach seinem Regierungseintritt machte Wolf allerdings dort weiter, wo seine Vorgänger aufgehört hatten. Als Wirtschaftsminister und gleichzeitiger Aufsichtsratschef der Wasserbetriebe setzte er 2003 gesetzliche und vertragliche Änderungen durch, die die vom Landesverfassungsgericht verworfenen Gewinn Garantien durch neue Regelungen kompensierten. Das Resultat ist das, was mit der Teilprivatisierung gedacht war: Berlin garantiert die Rendite der privaten Investoren und verdient selbst an den hohen Wasserpreisen. Für die Genehmigung der Wasserpreise ist übrigens Wolfs Parteikollegin, die Verbraucherschutzministerin Katrin Lompscher, zuständig, die jährlich ohne Murren die zuvor von Wolf als Aufsichtsratsvorsitzendem abgenickten Tarifsteigerungen durchwinkt. Und obwohl die Linke Berlin gern als »Hauptstadt der Transparenz« beschwört, verhandelt »Rot-Rot« gegenwärtig im geheimen mit den Privaten um mögliche Anteilsrückkäufe und Vertragsanpassungen.

In der Koalitionsvereinbarung von 2006 ist zu lesen: »Die Koalition setzt sich für die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe ein.« Doch was ist bisher geschehen? Nichts.

Schlimmer noch: Die durch breites außerparlamentarisches Engagement angestrebten Veränderungen im Bereich der Wasserwirtschaft wurden durch die politisch Verantwortlichen massiv zu behindern versucht. Die Krönung der politischen Zumutbarkeit wurde rund um den Volksentscheid »Unser Wasser« am 13. Februar erreicht: Nachdem sich zuvor die Regierungsmitglieder - allen voran Harald Wolf - in den Medien gegen eine Beteiligung am Plebiszit aussprachen, votierten mehr als 666000 Berlinerinnen und Berliner für die Offenlegung der Wasser-Teilprivatisierungsverträge. Nach der Abstimmung begrüßten plötzlich die einstigen Gegner - komischerweise auch Harald Wolf - deren Ergebnis. Angeblich waren ja alle schon immer für mehr Transparenz und Mitsprache. In der Praxis sah das dann so aus, daß die Linke die 2006 ausgeweiteten Volksgesetzgebungsmöglichkeiten als Erfolg vor sich hertrug, wenn es zur Sache ging aber Gesetzesinitiativen aus der Bevölkerung offen bekämpfte. So wie zuletzt beim Wasser-Volksbegehren. Der Landesvorstand verbot gar mit einem Beschluß den Bezirksverbänden, in ihren Räumlichkeiten Bögen auszulegen und Unterschriften für die Volksbegehren zu sammeln.¹²

Die ewige Angst

Doch eines ist der Linken in ihrer Regierungszeit wenigstens gelungen: Sich meilenweit von den stadtpolitischen Initiativen und Gruppierungen in Berlin zu entfernen. Dies zeigte nicht zuletzt eine von elf Initiativen unterzeichnete Erklärung zum Verhaltensmuster der Berliner Linken und ihrer ewigen Angst vor der Zivilgesellschaft.¹³ Aber anstatt sich ernsthaft mit dieser grundsätzlichen Kritik auseinanderzusetzen, gifteten Parteivertreter in Online-Kommentarleisten, per Mail oder per Facebook gegen die Verfasser.

Der Fraktionschef der Berliner Linken im Abgeordnetenhaus, Udo Wolf, bekannte - ein mögliches mieses Wahlergebnis am 18. September wohl schon im Blick- unlängst gegenüber der taz: »Wir können auf jeden Fall beides, regieren und opponieren.«¹⁴ Wenn man sich die Bilanz der Linken ansieht, kommen doch starke Zweifel daran auf. Wie will eine Partei, die unter »regieren« nur eiserne Koalitionsdisziplin versteht, denn zu einer wirkungsvollen Opposition fähig sein? Und dem immer etwas verschämt daherkommenden Hinweis, ohne eine Regierungsbeteiligung der Linken wäre ja alles noch viel schlimmer, muß entgegnet werden: Nein - ohne die Linke wäre es wahrscheinlich genauso.

1 Birger Scholz, »Die Berliner Bankgesellschaft und der politische Offenbarungseid der PDS«, in: Sozialismus 05/2002

2 www.die-linke-berlin.de/index.php?id=4923

3 Vgl. ausführlich zum Ausstieg aus der Anschlußförderung: MieterEcho - Zeitschrift der Berliner MieterGemeinschaft, Nr. 339/März 2010. Online unter www.bmgev.de

4 Berliner Bündnis Sozialmieter, Pressemitteilung vom 23.6.2011

5 Landesvorstand Berlin der Partei Die Linke, Das soziale Berlin. Wahlprogramm zur Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2011, S. 33

6 siehe jW vom 13./14.8.2011

7 Die Linke. Im Abgeordnetenhaus von Berlin, Beschluß »Soziale Wohnungspolitik« vom 27. Februar 2010

8 Die Linke. im Abgeordnetenhaus von Berlin, Sozial & Solidarisch. Bilanz linker Politik in Berlin 2006-2011, April 2011

9 zit. n. jW vom 7.9.2002

10 siehe jW vom 11.8.2011

11 Die Linke. Berlin, Pressemitteilung des Landesvorstands vom 9. August 2011

12 siehe jW vom 20.9.2007

13 siehe jW vom 20.6.2011

14 taz vom 23.5.2011

Mathias Behnis, Politologe, ist einer der Sprecher des Berliner Wassertischs; Benedict Ugarte Chacón, Politologe, ist einer der Sprecher der Initiative Berliner Bankenskandal